

Ablehnung der Aufnahme der Atomenergie in die EU-Taxonomie

Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder fassen folgenden Beschluss:

- 5 1. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder stellen fest, dass Atomenergie keine nachhaltige Technologie, sondern eine Hochrisikotechnologie ist. Sie ist mit dem Grundsatz der Taxonomie, keinen nennenswerten Schaden anzurichten und keine unzumutbare Belastung künftiger Generationen darzustellen, nicht vereinbar. Auch unter dem Aspekt „nachhaltiger Finanzen“ erscheint es sehr zweifelhaft, Investitionen in Atomenergievorhaben als empfehlenswert darzustellen. Bauverzögerungen und erhebliche Kostensteigerungen sind hier eher die Regel als die Ausnahme. Eine Aufnahme der Atomenergie in die Taxonomie der Europäischen Union wäre daher nicht nachvollziehbar.
- 10 2. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder stellen fest, dass im Rahmen der Taxonomie eine Lösung gefunden werden muss, die Investitionen in moderne, vorrangig hocheffiziente Gaskraftwerke, die nur in einer Übergangsphase mit Erdgas betrieben werden („H2-ready“), unterstützt. Investitionen in moderne Gaskraftwerke sind eine notwendige Bedingung zur Integration zunehmender Anteile von nicht regelbaren Erneuerbaren Energien in das Stromsystem insbesondere vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs und des gleichzeitigen Ausstiegs aus der Kernenergie. Dadurch leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des zukünftigen, dekarbonisierten Energiesystems und zur Sicherstellung des hohen Niveaus an Versorgungssicherheit in Deutschland.
- 15 3. Sie fordern die Bundesregierung auf, sich gegen etwaige Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken in der EU einzusetzen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich praxistauglich im Rahmen von Öffentlichkeitsbeteiligungen mit eigenen Stellungnahmen an Plänen zu Neubauvorhaben und Laufzeitverlängerungen in der EU, insbesondere in Grenznähe zu Deutschland, zu beteiligen. Auch bei der Endlagersuche der europäischen Nachbarn sollte sich die Bundesregierung für größtmögliche Transparenz und umfassende Beteiligungsrechte der deutschen Bevölkerung einsetzen.
- 20
- 25
- 30